



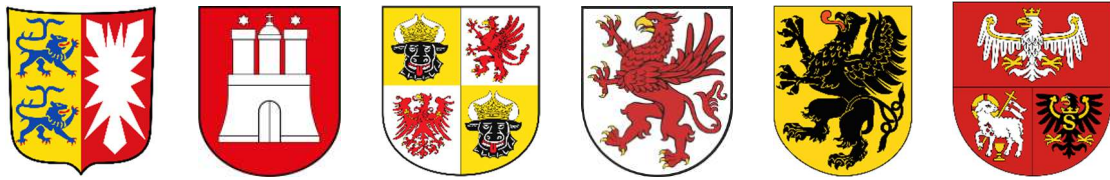
Bekanntmachung

der Präsidentin des Schleswig-Holsteinischen Landtags

Resolution des 20. Parlamentsforums Südliche Ostsee

Das 20. Parlamentsforum Südliche Ostsee hat in Glücksburg eine Resolution verabschiedet. Den als Anlage beigefügten Originaltext gebe ich hiermit bekannt.

Kristina Herbst



RESOLUTION
des XX. Parlamentsforums
Südliche Ostsee

unter Vorsitz des Schleswig-Holsteinischen Landtages

„Sicherheit im südlichen Ostseeraum“

Glücksburg, 15. – 17. September 2024



**Resolution
des 20. Parlamentsforums
Südliche Ostsee
unter dem Vorsitz des Schleswig-Holsteinischen Landtages
Glücksburg, vom 15. bis 17. September 2024**

Das 20. Parlamentsforum Südliche Ostsee hat während seiner Konferenz vom 15. bis 17. September 2024 in Glücksburg das Thema

„Sicherheit im südlichen Ostseeraum“

beraten.

Der andauernde russische Angriffskrieg auf die Ukraine hat die Sicherheitslage im Ostseeraum massiv verändert. Die unfassbare und mit nichts zu rechtfertigende Gewalt und Zerstörung, die Russland über die Menschen in der Ukraine, ihre Dörfer und Städte gebracht hat, hat auch Europa zutiefst erschüttert. Der seit 2014, seit der illegalen Annexion der Krim, andauernde Krieg Russlands gegen die Ukraine, ist 2022 in eine neue Phase eingetreten. Seit dem 24. Februar 2022 herrscht für alle sichtbar wieder Krieg in Europa.

Das Parlamentsforum Südliche Ostsee (PSO) verurteilt den russischen Angriffskrieg und die von Russland ausgeübten Kriegsverbrechen auf das Schärfste.

Die russische Aggression hat nicht nur das subjektive Sicherheitsgefühl in Europa und insbesondere auch im Ostseeraum, sondern auch die objektive Gefährdungslage verändert. Sie hat ein Fortsetzen der Zusammenarbeit im PSO mit der russischen Oblast Kaliningrad unmöglich gemacht. Es hat sich gezeigt, wie berechtigt die Sorgen, vor allem der baltischen Staaten und Polen, gegenüber Russland schon lange vor seinem Überfall auf die Ukraine am 24. Februar 2022 waren.

Die geografische Nähe der im PSO kooperierenden Parlamente zu Russland, die durch die unmittelbare Grenze der polnischen Mitgliedswoiwodschaften Ermland-Masuren und Pommern zur russischen Oblast Kaliningrad besonders deutlich wird, und die Unberechenbarkeit der politischen und militärischen Führung Russlands, die sich zunehmend von völkerrechtlich vereinbarten Regelungen löst, haben direkte Auswirkungen auf die Sicherheit im südlichen Ostseeraum. Wenn Sicherheit die Abwesenheit von Gefahren darstellt, so hat der russische Krieg gegen die Ukraine die Unsicherheiten weit über das Kriegsgebiet hinaus erhöht. Dabei setzt Russland verschiedene Wege und Instrumente, einschließlich hybrider Mittel, ein, um die Handlungsfähigkeit anderer europäischer Staaten und die Einheit der Europäischen Union zu schwächen sowie gleichzeitig Instabilität in Europa zu fördern. Beispiele hierfür sind die Störungen der Energie- und Rohstoffversorgungen, Sabotageakte, Cyberangriffe, die Instrumentalisierung von

Migrationsbewegungen und Desinformationskampagnen mit dem Ziel, Instabilität und Polarisierung der Gesellschaft in Europa zu fördern.

Die veränderten sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen im Ostseeraum haben die im PSO vertretenen Parlamente veranlasst, sich verstärkt mit diesem Thema auseinanderzusetzen.

Die Sicherheit im südlichen Ostseeraum hat somit verschiedene Aspekte und beinhaltet insbesondere:

- die militärische Präsenz zur Abschreckung;
- die militärische Verteidigung im Angriffsfall;
- den Schutz der Bevölkerung im Katastrophenfall;
- den Schutz Kritischer Infrastrukturen, insbesondere der Sektoren Transport und Verkehr, Wasser, Energie, Informationstechnik und Telekommunikation, die vermehrt Angriffen ausgesetzt sind, und die Gewährleistung der Daseinsvorsorge;
- die Abwehr von Desinformationskampagnen, psychologischen Kriegsführungen und Cyberangriffen;
- den Schutz von Handels- und Wirtschaftsstandorten sowie –routen;
- eine verstärkte Aufklärung und Sensibilisierung der Bevölkerung als Reaktion auf die veränderte Sicherheitslage durch eine intensiviertere niedrigschwellige strategische Bürgerkommunikation;
- die Stärkung ziviler Resilienzen;
- die Stärkung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit.
- die Bekämpfung der grenzüberschreitenden Kriminalität.

Das Parlamentsforum hat Sachverständige aus allen beteiligten Regionen angehört, wie die Sicherheit im südlichen Ostseeraum gewährleistet werden kann und welche Maßnahmen hierfür notwendig sind.

Empfängerinnen und Empfänger der Resolution des 20. Parlamentsforums Südliche Ostsee sind die Akteurinnen und Akteure im europäischen Mehrebenensystem.

Dazu zählen im Einzelnen:

- das Europäische Parlament, die Europäische Kommission, der Europäische Rat, der Rat der EU und der Ausschuss der Regionen (AdR),
- die Institutionen und Organisationen im Ostseeraum: Ostseerat (CBSS), Netzwerk Vision and Strategies around the Baltic Sea (VASAB), Ostseeparlamentarierkonferenz (BSPC), Subregionale Ostseekooperation (BSSSC), Ostsee-Kommission (BSC), Union der Ostseestädte (UBC), Euroregionen Pomerania und Ostsee,
- an der Umsetzung des Aktionsplans der EU-Strategie für die Ostseeregion (EUSBSR) beteiligte Akteure und Vorhaben,
- sowohl nationale als auch regionale Regierungen und Selbstverwaltungen sowie die Partnerparlamente der Region südliche Ostsee.

1. stellt fest, dass

- a) der russische Angriffskrieg grundlegende Prinzipien des Völkerrechts und der Charta der Vereinten Nationen verletzt;
- b) die NATO in ihrem strategischen Konzept 2022 zu Recht die Russische Föderation als die größte und unmittelbarste Bedrohung für die Sicherheit der Verbündeten und für den Frieden und die Stabilität im euroatlantischen Raum sieht;
- c) im Zuge der russischen Aggression die Ostsee wieder in den Fokus geopolitischer Interessen und Konflikte gerückt ist und gerade der südliche Ostseeraum ein hohes Maß an Verwundbarkeit aufweist;
- d) eine niedrigschwellige Kommunikation mit den Bürgerinnen und Bürgern erforderlich ist, um sie umfassend über die Folgen der veränderten Sicherheitslage, sowohl geopolitisch als auch gesellschaftlich, aufzuklären. Darüber hinaus muss über die sich vollständig veränderte Sicherheitslage und die sich hieraus ergebenden Konsequenzen für die europäische Sicherheitsordnung aufgeklärt werden. Dies schließt die damit verknüpften Mehrkosten ein;
- e) der regionalen Ebene hierbei eine besondere Bedeutung zukommt, da sie durch ihre regionale Verankerung Informationen besonders glaubwürdig vermitteln kann;
- f) hybride Aktivitäten wie Sabotageakte oder die gezielte Unterstützung von Migrationsbewegungen an den EU-Außengrenzen als Mittel zur Destabilisierung zugenommen haben;
- g) die vollständige territoriale Integrität der Ukraine wiederhergestellt werden muss und dies ausdrücklich die völkerrechtswidrig annektierte Krim sowie die Gebiete der Oblasten Donezk und Luhansk umfasst;
- h) gerade Kritische Infrastrukturen besonders vulnerabel gegenüber hybriden Aktivitäten sind und ihr Schutz, insbesondere mit Blick auf die Sicherstellung der Daseinsvorsorge, eine hohe Priorität für die Versorgungssicherheit im südlichen Ostseeraum besitzt;
- i) die BSPC sich ebenfalls mit der Sicherheit im Ostseeraum auseinandergesetzt hat und die BSPC-Resolutionen vom 29. August 2023 und vom 27. August 2024 wichtige Forderungen zur Fragen der Sicherheit im Ostseeraum enthalten, u.a. nach einer intensivierten und vertieften Zusammenarbeit in den Bereichen Verteidigung, Energiesicherheit und Cybersicherheit und einem besseren Schutz für kritische gemeinsame Unterwasserinfrastrukturen;
- j) die Seeverbindungswege, maritim sowie technisch kritische Infrastruktur, wie etwa Brücken und Tunnel, und auch die Handels- und Wirtschaftsstandorte der Ostsee besonders geschützt werden müssen;
- k) die Versorgung mit Energie aus erneuerbaren Quellen innerhalb der Ostseeregion sichergestellt werden muss, um sich dauerhaft von Importen vor allem fossiler Brennstoffe unabhängig zu machen und dauerhaft stabile Preise sicherzustellen;
- l) trotz der von der EU ergriffenen Gegenmaßnahmen Cyberangriffe die öffentliche Sicherheit gefährden, indem sie die gestiegene Komplexität und Vernetzung ausnutzen;

- m) zur ganzheitlichen Bekämpfung von Cyberkriminalität eine effiziente Zusammenarbeit und eine ausgeprägte grenzüberschreitende operationelle Datenerhebung und Informationsaustausch von herausragender sicherheitspolitischer Bedeutung sind;
- n) Desinformationen gefährlich für die Widerstandsfähigkeit von Demokratien sind und zugleich destabilisierende und polarisierende Effekte auslösen können.

2. sieht den dringenden Bedarf,

- a) die militärische Überwachung des südlichen Ostseeraums ständig an die aktuelle Lage anzupassen und die militärische Präsenz im südlichen Ostseeraum weiter zu stärken;
- b) den grenzüberschreitenden Informationsaustausch und die Zusammenarbeit der Behörden des Ostseeraumes sowie die entsprechenden Zuständigkeiten fortlaufend weiterzuentwickeln;
- c) die Bevölkerung noch besser auf einen Katastrophenfall vorzubereiten und beispielsweise für das ausreichende Anlegen von Vorräten zu sensibilisieren, unter Berücksichtigung sozial benachteiligter Personen;
- d) der Entwicklung von einheitlichen Standards und Kooperationsverfahren in Krisensituationen und Katastrophenfällen;
- e) die Bevölkerung darüber aufzuklären, wie man sich planvoll und organisiert auf Krisensituationen vorbereitet, um auf diese reagieren zu können;
- f) die Resilienz Kritischer Infrastrukturen sowohl in privater als auch in öffentlicher Hand weiter zu stärken; dies beinhaltet den weiteren Ausbau Erneuerbarer Energien für die Stärkung der Unabhängigkeit.
- g) das Cybersicherheitsniveau substantiell zu erhöhen und Unternehmen in ihren Anstrengungen zu unterstützen, sich erfolgreich vor Spionage und Cyberattacken sowie vor digitalen Erpressungen zu schützen und bestehende Sicherheitslücken zu schließen;
- h) die Bevölkerung durch die Stärkung der Kompetenz im Umgang mit künstlicher Intelligenz, sowie den herkömmlichen und sozialen Medien in die Lage zu versetzen, Desinformationen zu erkennen und hiermit kritisch und kontextuell umzugehen;
- i) auf europäischer Ebene das Einstimmigkeitsprinzip bei Entscheidungen der gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) abzuschaffen.

3. sieht es daher als erforderlich an,

- a) die Gemeinsame EU-Außen- und Sicherheitspolitik im Interesse des südlichen Ostseeraums weiter auszubauen und die Umsetzung des Strategischen Kompasses weiter voranzubringen;
- b) die Verteidigungsfähigkeiten der NATO, z.B. durch die Präsenz der Standing NATO Mine Countermeasures Group 1 oder der NATO-Übungsserie BALTOPS, in der Ostseeregion weiter zu stärken;

- c) die Finanzierung und die technische Ausstattung der Sicherheitsbehörden und des Militärs an die neuen sicherheitspolitischen Herausforderungen anzupassen;
- d) privat betriebene Kritische Infrastrukturen, gerade im maritimen Bereich, stärker in die staatlichen Sicherheitskonzepte und -maßnahmen einzubinden;
- e) die Sensibilisierung insbesondere von Kleinen und Mittleren Unternehmen (KMU) gegenüber Spionageaktivitäten zu fördern;
- f) die Forschungs- und Produktionskapazitäten für Verteidigungssysteme weiter auszubauen und dabei, wann immer möglich, die regional verankerten Industrien zu beteiligen;
- g) den Ausbau der Erneuerbaren Energien zu beschleunigen und den Netzausbau sowie den Ausbau von Speichertechnologien grenzüberschreitend entsprechend voranzubringen;
- h) auch vor dem Hintergrund der Spionageaktivitäten und Desinformationsbemühungen Russlands im Ostseeraum die allgemeine Medienkompetenz zu stärken, damit Menschen im gesamten südlichen Ostseeraum und darüber hinaus noch besser in die Lage versetzt werden, falsche und manipulative Informationen schnell zu erkennen;
- i) durch eine gute Bildung die positive Identifikation mit Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zu festigen und die Zivilgesellschaft und insbesondere die Jugend dahingehend zu stärken;
- j) die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im südlichen Ostseeraum im Katastrophenfall weiter zu optimieren, z.B. durch gemeinsame Übungen;
- k) die grenzüberschreitende polizeiliche Zusammenarbeit zu intensivieren, z.B. durch die Bildung gemeinsamer Sicherheitszentren sowie durch gemeinsame Projekte.

4. erwartet von der regionalen, nationalen und europäischen Ebene, dass

- a) die eigene Verteidigungsfähigkeit signifikant gestärkt wird;
- b) die Entwicklung ziviler und militärischer Fähigkeiten angepasst wird, um den europäischen Kontinent noch besser vor den Gefahren z.B. einer hybriden Kriegsführung zu schützen;
- c) die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Kontext der drängenden Kampfmittelberäumung in der Ostsee unter der Bildung eines gemeinsamen Kompetenzzentrums intensiviert wird;
- d) das Ziel und die Förderung der unabhängigen Energieversorgung mit Fokus auf die verstärkte Nutzung erneuerbarer Energien konsequenter verfolgt wird;
- e) Maßnahmen ergriffen werden, um das Vertrauen der Bevölkerung in staatliches Handeln zu stärken und Verständnis für den auch mit Kosten und Risiken verbundenen Ausbau der Verteidigungsfähigkeit zu schaffen;
- f) die Bevölkerung über konkrete Gefährdungslagen noch umfassender und verständlicher aufgeklärt wird;
- g) Demokratiebildungsprogramme, die Vermittlung von Medienkompetenz und Jugendaustausche stärker gefördert werden, um die Bevölkerung in die Lage zu versetzen, Desinformationen schneller zu erkennen, und Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zu stärken;

h) gemeinsame europäische Standards und Systeme für die Reaktion in Krisensituationen entwickelt werden, die die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen der Bevölkerung und den Rettungsdiensten einschließen;

5. Das PSO begrüßt den Wunsch des Jugendforums, stärker integriert zu werden und ist bestrebt diesen im Jahresprogramm zu berücksichtigen und zu realisieren.

6. XXI. Parlamentsforum Südliche Ostsee

Das Parlamentsforum Südliche Ostsee dankt dem Sejmik der Westpommern für die Bereitschaft, das XXI. Parlamentsforum im Jahr 2025 vom 28. bis 30. September in Stettin auszurichten.

Sejmik der Woiwodschaft
Ermland-Masuren

Sejmik der Woiwodschaft Westpommern

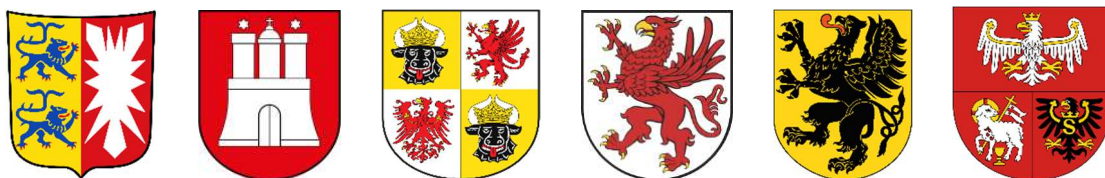
Sejmik der Woiwodschaft Pommern

Landtag Mecklenburg-Vorpommern

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Bürgerschaft der Freien
und Hansestadt Hamburg

Glücksburg, 17. September 2024



REZOLUCJA
XX Forum Parlamentów Regionalnych
Południowego Bałtyku

pod przewodnictwem Parlamentu Krajowego Szlezwika-Holsztynu

„Bezpieczeństwo w regionie południowego Bałtyku”

Glücksburg, 15-17 września 2024 r.



Rezolucja

XX Forum Parlamentów Regionalnych Południowego Bałtyku pod przewodnictwem Parlamentu Krajowego Szlezwika-Holsztynu

Glücksburg, 15-17 września 2024 r.

XX Forum Parlamentów Regionalnych Południowego Bałtyku obradowało podczas swojej konferencji w dniach 15-17 września 2024 r. w Glücksburgu nad następującym tematem:

„Bezpieczeństwo w regionie południowego Bałtyku”.

Trwająca rosyjska wojna przeciwko Ukrainie znacząco zmieniła sytuację bezpieczeństwa w regionie Morza Bałtyckiego. Niepojęta i niczym nieuzasadniona przemoc i zniszczenia, które Rosja przyniosła mieszkańcom Ukrainy, ich wsiom i miastom, głęboko wstrząsnęły również Europą. Trwająca od 2014 r., od bezprawnej aneksji Krymu, wojna Rosji przeciwko Ukrainie weszła w 2022 roku w nową fazę. Od 24 lutego 2022 r. panuje znów widoczna dla wszystkich wojna w Europie.

Forum Parlamentów Regionalnych Południowego Bałtyku potępia z całą stanowczością rosyjską inwazję i popełnione przez Rosję zbrodnie wojenne.

Rosyjska agresja zmieniła nie tylko subiektywne poczucie bezpieczeństwa w Europie i w szczególności w regionie Morza Bałtyckiego, ale także spowodowała obiektywny stan zagrożenia. Uniemożliwiła ona kontynuowanie współpracy w ramach Forum Parlamentów z rosyjskim Obwodem Królewieckim. Okazało się, jak uzasadnione były obawy przede wszystkim państw bałtyckich i Polski wobec Rosji już na długo przed jej inwazją na Ukrainę 24 lutego 2022 roku.

Geograficzna bliskość parlamentów współpracujących w ramach Forum Parlamentów Regionalnych Południowego Bałtyku do Rosji, co jest szczególnie widoczne poprzez położenie polskich województw członkowskich Warmińsko-Mazurskiego i Pomorskiego bezpośrednio przy granicy z rosyjskim Obwodem Królewieckim, a także nieprzewidywalność rosyjskiego kierownictwa politycznego i wojskowego, które coraz bardziej odchodzi od regulacji ustalonych w prawie międzynarodowym, mają bezpośredni wpływ na bezpieczeństwo w regionie południowego Bałtyku. Jeżeli bezpieczeństwo oznacza brak zagrożeń, to rosyjska wojna przeciwko Ukrainie zwiększyła niebezpieczeństwa daleko poza strefą działań wojennych. Rosja wykorzystuje przy tym różne sposoby i instrumenty, w tym środki hybrydowe, aby osłabić zdolność innych państw europejskich do działania oraz osłabić jedność Unii Europejskiej i jednocześnie podsycać niestabilność w Europie. Przykładami tego są zaburzenia dostaw energii i surowców, akty sabotażu, cyberataki, instrumentalizowanie ruchów migracyjnych i kampanie dezinformacyjne mające na celu podsycanie niestabilności i polaryzacji społeczeństw w Europie.

Zmienione uwarunkowania polityki bezpieczeństwa w regionie Morza Bałtyckiego skłoniły parlamenty reprezentowane w Forum Parlamentów Regionalnych Południowego Bałtyku do intensywniejszego zajęcia się tą tematyką.

Bezpieczeństwo w regionie południowego Bałtyku ma zatem różne aspekty i obejmuje w szczególności:

- obecność wojskową w celu odstraszenia,
- obronę wojskową w przypadku napaści,
- ochronę ludności w przypadku klęsk i katastrof,
- ochronę infrastruktury krytycznej, w szczególności sektorów transportu i komunikacji, gospodarki wodnej, energetyki, informatyki i telekomunikacji, które są coraz bardziej narażone na ataki, oraz zapewnienie dostępu do dóbr i usług użyteczności publicznej,
- obronę przed kampaniami dezinformacyjnymi, operacjami psychologicznymi i cyberatakami,
- ochronę ośrodków oraz szlaków handlowych i gospodarczych,
- wzmocnienie edukacji i uwrażliwienie ludności w odpowiedzi na zmienioną sytuację w zakresie bezpieczeństwa poprzez zintensyfikowaną niskoprogową komunikację strategiczną z obywatelami,
- wzmocnienie odporności kryzysowej społeczeństw,
- wzmocnienie demokracji i praworządności,
- zwalczanie przestępczości transgranicznej.

Forum Parlamentów Regionalnych Południowego Bałtyku wysłuchało ekspertów z wszystkich uczestniczących regionów na temat tego, w jaki sposób można zagwarantować bezpieczeństwo w regionie południowego Bałtyku i jakie działania są w tym zakresie konieczne.

Adresatami rezolucji XX Forum Parlamentów Regionalnych Południowego Bałtyku są decydenci reprezentujący różne szczeble europejskiego systemu wielopłaszczyznowego.

Zaliczają się do nich:

- Parlament Europejski, Komisja Europejska, Rada Europejska, Rada UE i Komitet Regionów,
- instytucje i organizacje w regionie Morza Bałtyckiego: Rada Państw Morza Bałtyckiego (CBSS), sieć Wizje i Strategie wokół Morza Bałtyckiego (VASAB), Konferencja Parlamentarna Morza Bałtyckiego (KPMB), Współpraca Subregionalna Państw Morza Bałtyckiego (BSSSC), Komisja Morza Bałtyckiego (BSC), Związek Miast Bałtyckich (UBC), Euroregiony Pomerania i Bałtyk,
- podmioty i projekty zaangażowane w realizację Planu Działań Strategii UE dla regionu Morza Bałtyckiego (SUERMB),
- rządy krajowe i regionalne oraz samorzady, a także partnerskie parlamenty regionalne regionu południowego Bałtyku.

1. stwierdza, że:

- a) rosyjska agresja narusza podstawowe zasady prawa międzynarodowego i Kartę Narodów Zjednoczonych,
- b) w swojej Koncepcji Strategicznej 2022 NATO słusznie postrzega Federację Rosyjską jako największe i najbardziej bezpośrednie zagrożenie dla bezpieczeństwa członków sojuszu oraz dla pokoju i stabilności w obszarze euroatlantyckim,
- c) w następstwie rosyjskiej agresji Morze Bałtyckie ponownie znalazło się w centrum geopolitycznych interesów i konfliktów, a w szczególności region południowego Bałtyku wykazuje wysoki stopień narażenia,
- d) konieczna jest niskoprogowa komunikacja z obywatelami, aby zapewnić im kompleksowe informacje o konsekwencjach zmiany sytuacji w zakresie bezpieczeństwa w aspekcie geopolitycznym i społecznym. Ponadto należy informować o całkowicie zmienionej sytuacji w zakresie bezpieczeństwa i wynikających z niej konsekwencji dla europejskiego porządku bezpieczeństwa. Obejmuje to też związane z tym dodatkowe koszty,
- e) poziom regionalny ma przy tym szczególne znaczenie, ponieważ może przekazywać informacje w szczególnie wiarygodny sposób ze względu na swoje regionalne powiązanie,
- f) nasiliły się działania hybrydowe, takie jak akty sabotażu lub ukierunkowane wsparcie ruchów migracyjnych na granicach zewnętrznych UE jako środek służący destabilizacji,
- g) musi zostać przywrócona pełna integralność terytorialna Ukrainy i jednoznacznie obejmuje to zaanektowany z naruszeniem prawa międzynarodowego Krym oraz terytoria Obwodów Donieckiego i Ługańskiego,
- h) infrastruktura krytyczna jest szczególnie narażona na działania hybrydowe, a jej ochrona ma wysoki priorytet dla bezpieczeństwa dostaw w regionie południowego Bałtyku, zwłaszcza w odniesieniu do zapewnienia dostępu do dóbr i usług użyteczności publicznej,
- i) KPMB zajmowała się również bezpieczeństwem w regionie Morza Bałtyckiego, a rezolucje KPMB z 29 sierpnia 2023 r. i 27 sierpnia 2024 r. zawierają ważne postulaty dotyczące kwestii bezpieczeństwa w regionie Morza Bałtyckiego, w tym dotyczące zintensyfikowanej i pogłębionej współpracy w dziedzinach obronności, bezpieczeństwa energetycznego i cyberbezpieczeństwa oraz lepszej ochrony krytycznej wspólnej infrastruktury podwodnej,
- j) szlaki morskie, morska i lądowa infrastruktura krytyczna, jak mosty i tunele, a także ośrodki handlowe i gospodarcze Morza Bałtyckiego muszą być szczególnie chronione,
- k) muszą być zapewnione dostawy energii ze źródeł odnawialnych w regionie Morza Bałtyckiego w celu trwałego uniezależnienia się od importu przede wszystkim paliw kopalnych oraz w celu długoterminowego zapewnienia stabilnych cen,

- l) pomimo środków zaradczych podjętych przez UE, ataki cybernetyczne zagrażają bezpieczeństwu publicznemu, wykorzystując rosnącą złożoność systemów i powiązania sieciowe,
- m) dla całościowego zwalczania cyberprzestępczości ogromne znaczenie w polityce bezpieczeństwa ma efektywna współpraca, w tym praktyczne transgraniczne zbieranie danych i wymiana informacji operacyjnych,
- n) dezinformacja jest niebezpieczna dla odporności demokracji i może wywołać również efekty destabilizujące i polaryzujące.

2. dostrzega pilną potrzebę:

- a) stałego dostosowywania wojskowego monitorowania regionu południowego Bałtyku do aktualnej sytuacji oraz dalszego wzmocnienia obecności wojskowej w regionie południowego Bałtyku,
- b) ciągłego rozwijania transgranicznej wymiany informacji i współpracy między organami regionu Morza Bałtyckiego, a także odpowiednich kompetencji tych instytucji,
- c) jeszcze lepszego przygotowania ludności na sytuacje kryzysowe i uwrażliwiania jej na przykład w kwestii gromadzenia wystarczających zapasów, z uwzględnieniem wsparcia osób w trudnej sytuacji socjalnej,
- d) wypracowania jednolitych standardów i procedur współpracy w sytuacjach kryzysowych,
- e) edukowania ludności w zakresie przygotowania oraz reagowania w sytuacjach kryzysowych w sposób planowy i zorganizowany,
- f) dalszego wzmocnienia odporności infrastruktury krytycznej, znajdującej się zarówno we władaniu podmiotów prywatnych jak i publicznych; obejmuje to dalszy rozwój wykorzystania odnawialnych źródeł energii w celu zwiększenia niezależności,
- g) znacznego podniesienia poziomu cyberbezpieczeństwa i wspierania firm w ich wysiłkach w zakresie skutecznej ochrony przed szpiegostwem, cyberatakami i szantażem cyfrowym oraz w zakresie eliminowania istniejących luk w zabezpieczeniach,
- h) przygotowania ludności do rozpoznawania dezinformacji i radzenia sobie z nią w sposób krytyczny i kontekstowy poprzez wzmocnienie umiejętności korzystania ze sztucznej inteligencji, a także mediów tradycyjnych i społecznościowych,
- i) zniesienia zasady jednomyślności na szczeblu europejskim w odniesieniu do decyzji dotyczących Wspólnej Polityki Bezpieczeństwa i Obrony (WPBiO).

3. dlatego uważa za konieczne:

- a) dalszy rozwój Wspólnej Polityki Zagranicznej i Bezpieczeństwa UE w interesie regionu południowego Bałtyku oraz dalsze postępy we wdrażaniu Strategicznego kompasu,
- b) dalsze wzmocnienie zdolności obronnych NATO w regionie Morza Bałtyckiego, np. poprzez obecność Stałego Zespołu Obrony Przeciwwminowej NATO nr 1 lub serię ćwiczeń NATO BALTOPS,

- c) dostosowywanie finansowania i wyposażenia technicznego służb bezpieczeństwa i wojska do nowych wyzwań polityki bezpieczeństwa,
- d) silniejsze włączanie prywatnie zarządzanej infrastruktury krytycznej do rządowych koncepcji i działań bezpieczeństwa, zwłaszcza w obszarach morskich,
- e) podnoszenie świadomości szczególnie wśród małych i średnich przedsiębiorstw (MŚP) wobec działań szpiegowskich,
- f) dalsze rozszerzanie możliwości badawczych i produkcyjnych w zakresie systemów obrony oraz – w miarę możliwości – angażowanie regionalnych możliwości przemysłu,
- g) przyspieszenie wykorzystania odnawialnych źródeł energii i odpowiednio przyspieszenie transgranicznej rozbudowy sieci i technologii magazynowania energii,
- h) wzmocnienie powszechnej umiejętności korzystania z mediów również w związku z działaniami szpiegowskimi i dezinformacyjnymi Rosji w regionie Morza Bałtyckiego, tak aby ludzie w całym regionie południowego Bałtyku i poza nim byli jeszcze lepiej przygotowani do szybkiego rozpoznawania fałszywych i zmanipulowanych informacji,
- i) wzmocnienie pozytywnej identyfikacji z demokracją i praworządnością poprzez dobrą edukację oraz wzmocnienie w tym zakresie społeczeństwa obywatelskiego, a w szczególności młodych ludzi,
- j) dalszą optymalizację współpracy transgranicznej w regionie południowego Bałtyku na wypadek sytuacji kryzysowych, np. poprzez wspólne ćwiczenia,
- k) zintensyfikowanie transgranicznej współpracy służb policyjnych i granicznych, np. poprzez tworzenie wspólnych centrów bezpieczeństwa oraz poprzez wspólne projekty.

4. oczekuje od władz szczebla regionalnego, krajowego i europejskiego:

- a) znaczącego wzmocnienia własnych zdolności obronnych,
- b) dostosowania rozwoju zdolności cywilnych i wojskowych, aby jeszcze lepiej chronić kontynent europejski przed zagrożeniami związanymi na przykład z wojną hybrydową,
- c) zintensyfikowanie współpracy transgranicznej w kontekście pilnego usuwania środków bojowych zalegających w Morzu Bałtyckim poprzez utworzenie wspólnego centrum kompetencji,
- d) bardziej konsekwentnej realizacji celu i wspierania niezależności energetycznej, z naciskiem na większe stosowanie odnawialnych źródeł energii,
- e) podejmowania działań w celu wzmocnienia zaufania ludności do działań państwowych i stworzenia zrozumienia dla rozbudowy zdolności obronnych, co wiąże się również z kosztami i ryzykiem,
- f) informowania społeczeństwa o konkretnych zagrożeniach w jeszcze szerszy i bardziej zrozumiały sposób,
- g) silniejszego wspierania i promowania programów edukacji na rzecz demokracji, nauczania umiejętności korzystania z mediów oraz wymiany młodzieży, aby przygotować ludność do szybszego rozpoznawania dezinformacji oraz wzmocnić demokrację i praworządność,

h) wypracowania wspólnych, europejskich standardów i schematów reagowania w sytuacjach kryzysowych, obejmujących transgraniczną współpracę służb ratowniczych.

5. Forum Parlamentów Regionalnych Południowego Bałtyku przyjmuje z zadowoleniem propozycje forum młodzieży silniejszego zintegrowania go w strukturach Forum Parlamentów Regionalnych Południowego Bałtyku oraz zamierza uwzględnić i realizować to w dorocznym posiedzeniach.

6. XXI Forum Parlamentów Regionalnych Południowego Bałtyku

Forum Parlamentów Regionalnych Południowego Bałtyku dziękuje Sejmikowi Województwa Zachodniopomorskiego za wyrażenie gotowości do zorganizowania XXI Forum Parlamentów w roku 2025 roku w Szczecinie w dniach od 28 do 30 września.

Sejmik Województwa
Warmińsko-Mazurskiego

Sejmik Województwa
Zachodniopomorskiego

Sejmik Województwa Pomorskiego

Parlament Krajowy
Meklemburgii-Pomorza Przedniego

Parlament Krajowy
Szlezwiku-Holsztyna

Parlament Krajowy
Wolnego i Hanzeatyckiego Miasta
Hamburga

Glücksburg, 17 września 2024 r.